



Volker Mayer-Lay MdB



Bericht aus Berlin – Nr. 19 vom 27. Februar 2026

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich hoffe, Sie haben die Fasnet – und auch den gesamten Winter, bisher gut überstanden. Nun hat die **Fastenzeit** begonnen und das Wetter ist bereits angenehm frühlingshaft – das können wir alle nach der langen Winterzeit sehr gut gebrauchen. Frühling steht immer auch für einen neuen Anfang – und doch für etwas Bekanntes. So ging auch in der Politik in dieser Woche wieder alles seinen routinierten Gang. Zunächst standen von Montag bis Mittwochnachmittag die regulären Sitzungen von Arbeitsgruppen, Ausschüssen und Beiräten auf der Tagesordnung – unterbrochen vom sehr bewegenden Trauerstaatsakt für die frühere Bundestagspräsidentin Prof. Dr. Rita Süssmuth – bevor am Mittwochnachmittag die Plenarsitzung des Bundestags Fahrt aufnahm. Gleich zu Beginn konnte ich dem Bundesminister der Verteidigung im Rahmen der **Regierungsbefragung** einige Fragen zur „Brigade Litauen“ stellen. Am Donnerstag ergab sich dann die Gelegenheit zu einer **Plenarrede** (weitere Details s. unten auf dieser Seite), gefolgt von zahlreichen Debatten zu Verteidigungs- und Umweltthemen, bevor es heute Abend wieder nach Hause geht.

Politisch stand diese Woche ganz im Zeichen des **vierten Jahrestags des russischen Überfalls auf die Ukraine**. Am 24. Februar 2022 hat der russische Machthaber Wladimir Putin den ersten großen Krieg in Europa seit Ende des Zweiten Weltkriegs verursacht. Allerdings kann man unverändert – oder besser gesagt mehr denn je – feststellen, dass er keines seiner Kriegsziele erreicht hat. Statt die Ukraine in wenigen Tagen einzunehmen und in einen ihm hörigen Vasallenstaat umzuwandeln, stecken seine Truppen in zähen Frontkämpfen fest. **Die Ukraine hält stand und wir unterstützen sie dabei.**

In meiner Funktion als Berichterstatter für die Deutsche Luftwaffe hielt ich am Donnerstagabend eine Plenarrede. Anlass dafür war die Verabschiedung eines Gesetzes zur **Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Österreich bei der Bekämpfung so genannter „nicht-militärischer Bedrohungen“** aus der Luft – also beispielsweise im Fall von Flugzeugentführungen. Hierzu wurde bereits Ende des Jahres 2022 ein Abkommen zwischen den Regierungen der beiden Länder geschlossen, das nun in einen gesetzlichen Rahmen gegossen wurde. Die militärische Zusammenarbeit mit Österreich ist gut, wird allerdings durch die Tatsache eingeschränkt, dass unser Nachbarland aus geschichtlichen Gründen kein Mitglied der NATO ist. Meine Plenarrede können Sie sich sehr gerne unter folgendem [Link](#) ansehen.



Zwei Eurofighter der österreichischen Luftstreitkräfte

Foto: www.bundesheer.at

Ich wünsche ich Ihnen ein schönes und vorfrühlingshaftes Wochenende – Ihr

Wir am See

Besuch des Sächsischen Ministerpräsidenten Kretschmer bei Diehl

In der vergangenen Woche, genauer gesagt an Aschermittwoch, war der **Ministerpräsident des Freistaates Sachsen, Michael Kretschmer MdL, zu Gast bei Diehl Defence in Überlingen**. Im Mittelpunkt des Informationsbesuchs stand dabei die wichtige Arbeit von Diehl im Verteidigungssektor sowie das Engagement des Unternehmens in Ostdeutschland, insbesondere natürlich in Sachsen. Auch für mich ein sehr interessanter und informativer Termin bei einem der größten Arbeitgeber unserer Heimat. **Vielen Dank** an Diehl und insbesondere an Herrn Thomas Bodenmüller und Herrn Dr. Nicolai Künzner, die uns durch die Firma und über das Außengelände mit einigen ausgestellten Produkten führten. Gerade mit Blick auf die aktuell großen internationalen Herausforderungen tut es gut, zu wissen, dass auch **unsere Heimat ein Beitrag zur Verteidigung Deutschlands leistet**.



Mit Ministerpräsident Kretschmer, Herrn Bodenmüller und Herrn Künzner.

Die CDU Bodenseekreis auf dem Bundesparteitag in Stuttgart

Am vergangenen Wochenende fand auf dem Gelände der Messe Stuttgart der **38. Bundesparteitags der CDU Deutschlands** statt. Bereits am Freitag wurde **Bundeschancellor Friedrich Merz** nach einer starken und richtungsweisenden Rede **als Parteivorsitzender wiedergewählt**. Und das mit einem sehr guten Ergebnis von über 91 Prozent. Neben den, für Parteitage üblichen Wahlen, Grußworten und Diskussionen **stand dieser Parteitag ganz im Zeichen umfangreicher Antragsberatungen**. Dabei wurde deutlich, dass die CDU nicht nur Volks- sondern vor allem auch Mitgliederpartei ist. Insgesamt ging auch ein **starkes Signal des Zusammenhalts** von Stuttgart aus ins ganze Land. Zwei Wochen vor der außerordentlich wichtigen Landtagswahl in Baden-Württemberg machten die Parteimitglieder, aber auch wir Delegierten vom Bodensee klar, dass wir **fest an der Seite unseres Spitzenkandidaten Manuel Hagel** stehen. Nun ist es noch gut eine Woche, dann wissen wir, wer die Landtagswahl gewonnen hat und aller Voraussicht nach unser nächster Ministerpräsident sein wird.



Die Delegierten vom Bodensee mit Spitzenkandidat Manuel Hagel.

Vierter Unternehmerabend im Dorniermuseum in Friedrichshafen

Resilienz, also Widerstandsfähigkeit, ist keine hohle Phrase und kein bloßes Schlagwort mehr, sondern **inzwischen unabdingbarer Teil der unternehmerischen Überlebensstrategie vieler Firmen**. Das wurde beim vierten Unternehmerabend Anfang Februar in Friedrichshafen deutlich. Denn auch die Firmen unserer Heimat müssen widerstandsfähiger werden – z.B. **gegen Cyberangriffe, Energieengpässe und globale Krisen**. Hierfür gilt es, Abhängigkeiten zu verringern, enge Vernetzungen aufzubauen und Notfallsysteme in der Hinterhand zu haben. So wurde deutlich, dass Produktionsausfälle durch Strom- oder IT-Störungen enorme Schäden verursachen können. **Planungssicherheit, stabile Infrastruktur und schnelle politische Entscheidungen sind kein Luxus, sondern entscheidende Existenzgrundlage!**



Das Dorniermuseum in Friedrichshafen bot einen mehr als würdigen Rahmen für den Abend.

Themen der Woche

Das umstrittene Heizungsgesetz von Ex-Wirtschaftsminister Habeck wird abgeschafft

Jetzt ist es klar: das Heizungsgesetz wird abgeschafft und **durch ein neues Gebäudemodernisierungsgesetz ersetzt**. Hierauf einigte sich die Regierungskoalition in dieser Woche. Insbesondere **die umstrittene „65-Prozent-Regelung“**, die eine Nutzung erneuerbarer Energien in dieser Höhe vorschrieb, **wird gestrichen**. So hat der Eigentümer künftig im Falle eines Heizungsaustauschs wieder mehr Entscheidungsfreiheit. **Unverändert gelten aber die Klimaschutzziele für den Gebäudesektor – auch das neue Gesetz wird den Wandel hin zu klimafreundlichen Heizsystemen unterstützen**. Nur die Herangehensweise ändert sich deutlich: Das neue Gesetz wird **technologieoffener, flexibler und praxistauglicher**. Somit setzen wir ein Gesetz außer Kraft, das umstritten war und Investitionen gehemmt hat. Zudem waren viele Regelungen zu komplex und wenig praktikabel. Mit der nun vorgesehenen moderaten Grüngasquote schaffen wir ein zudem zusätzliches Instrument, das zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen im Gebäudebereich beitragen wird. Auch **stärken wir den Ausbau der Fernwärme, den Verbraucherschutz und vereinfachen die kommunale Wärmeplanung für kleine Kommunen** und setzen zudem auf eine unbürokratischen Umsetzung der EU-Gebäudeenergie richtlinie.

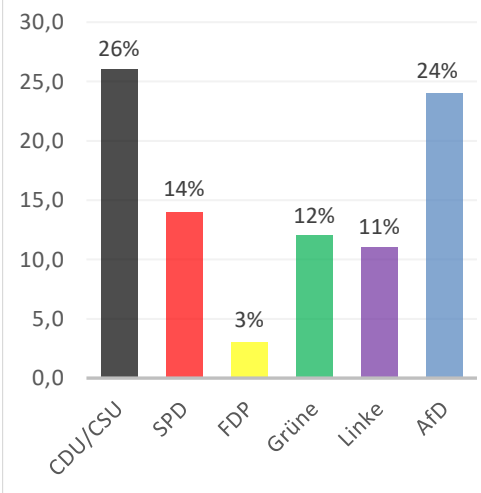


Foto: Adobe Stock

Wir schaffen Ordnung im Asylsystem

Durch die heute beschlossene **Anpassung des nationalen Rechts an die Vorgaben des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS)** schaffen wir die rechtliche **Grundlage für ein besser funktionierendes Asylsystem in Deutschland**. So werden Zuständigkeiten wieder verbindlich geregelt, Verfahren gestrafft und insbesondere Rückführungen wirksamer durchgesetzt. Vor allem durch klare, frühzeitige und konsequente Entscheidungen an den Außengrenzen der EU sollen die irreguläre Migration begrenzt – und somit die tatsächlich Schutzbedürftigen geschützt werden. **Zentral ist dabei: wer in einem anderen EU-Mitgliedsland registriert ist, hat keinen Anspruch auf ein weiteres Asylverfahren in Deutschland**. Außerdem haben wir die rechtliche Grundlage dafür gelegt, dass Menschen, die sich einer Abschiebung entziehen wollen, in Gewahrsam genommen werden können. Hier hat sich der Rechtsstaat zu lange austricksen lassen. Einher mit diesen neuen Regelungen geht auch die **Verkürzung des Arbeitsverbots für Asylbewerber** in Aufnahmeeinrichtungen auf einen Zeitraum von maximal drei Monaten. **Das GEAS-Umsetzungsgesetz ist ein großer Schritt zur Wiederherstellung der Ordnung**.

Wenn am Sonntag Bundestagswahl wäre, erhielten



Quelle: Forsa, 24.02.2026

Zitat der Woche

„Seit vier Jahren stehen wir der Ukraine gemeinsam zur Seite. ... Deutschland schultert den größten Teil, denn für uns ist klar: die Ukraine nicht zu unterstützen, würde uns deutlich teurer zu stehen kommen!“

Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius in der Regierungsbefragung am Mittwoch dieser Woche.

Terminauswahl

Sa., 28.02.2026

Mo., 02.03. bis Fr. 06.03.2026

Fr., 06.03.2026

So., 08.03.2026

Wahlkampfstände in verschiedenen Orten im Wahlkreis.

Sitzungswoche des Deutschen Bundestags in Berlin.

Bundeskanzler Friedrich Merz zu Gast in Ravensburg.

Landtagswahl in Baden-Württemberg.